

## Ringvorlesung: Lehren/ Lernen aus dem Unrechtsstaat – Die Frage nach einer juristischen Berufsethik

**Donnerstag, den 27.06.2024, 18.00-20.00 Uhr**

im HS XX im Melanchthonianum (Universitätsplatz 9)

### **Perspektiven auf juristische Berufsethik aus Sicht einer Nichtregierungsorganisation**

Ein Vortrag von Anne Pertsch,  
Juristin und Mitglied des Management Boards von Equal Rights  
Beyond Borders

Welche Herausforderungen stellen sich für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen im Bereich des Asylrechts? Wie stellt sich die Anwendung von Recht dar, das vollständig politisiert ist? Wie kann mit Widersprüchen zwischen kodiertem Recht und der praktischen Umsetzung umgegangen werden? Wie arbeitet es sich in einem Bereich, der zunehmend instrumentalisiert und kriminalisiert wird?

Im Vortrag soll die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen erläutert werden und auf die Herausforderungen und Belastungen der Arbeit im Bereich des Migrationsrechts eingegangen werden – einem Gebiet, das in den letzten Jahren zunehmend für politische Machtkämpfe instrumentalisiert und durch den zunehmenden Rechtsruck weiter geformt wurde. Gemeinsam wollen wir uns angucken, was es bedeutet, wenn kodiertes Recht an Wert verliert und die Durchsetzbarkeit von grundlegenden Menschenrechten zur Machtfrage wird.

Über die Referentin:

Anne Pertsch ist Volljuristin bei Equal Rights Beyond Borders. Dort ist sie Teil des Management Boards und leitet die Projekte zur Familienzusammenführung und zu sexualisierter und geschlechtsbezogener Gewalt. Als griechisch-deutsche Organisation liegt der Fokus von Equal Rights Beyond Borders auf der konsequenten Durchsetzung von Rechten von Schutzsuchenden in Griechenland, Deutschland und an den EU-Außengrenzen. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen im Bereich der Familienzusammenführung, den Rechten von unbegleiteten Minderjährigen sowie Überlebenden von geschlechtsbezogener Gewalt, der rechtlichen Vertretung rechtswidrig Inhaftierter sowie der Vertretung im Falle schwerer Menschenrechtsverletzungen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.